

Wirtschaftspolitik ohne Ehrgeiz

Im abgelaufenen Jahr betrug das Wirtschaftswachstum in Deutschland 1,7 Prozent. Nicht ohne Stolz wurde diese Zahl in Berlin präsentiert und im Wohlgefühl klarer diesbezüglicher Überlegenheit gegenüber vielen anderen Staaten in der Euro-Zone goutiert.

Der Streit darüber, ob das Brutto-sozialprodukt der richtige und vor allem einzige Maßstab zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sein sollte, kann getrost an anderer Stelle geführt werden. Klar ist jedoch, dass Deutschland auf dem Gebiet der Vermögensentwicklung bereits seit geraumer Zeit eine eher schwache Entwicklung aufweist. Insgesamt fehlt es der Wirtschaftspolitik in diesem Land an Ehrgeiz. Magere Wachstumszahlen gepaart mit struktureller Überalterung, einem aufgeblähten Staatsapparat und völlig unzureichender Vermögensbildung der Bevölkerung werfen bedrohliche Schatten in die Zukunft. Eine Mesalliance aus hohen Steuer- und Abgabenlasten und einem weltweit eher zweitklassigen Finanzmarkt beeinträchtigen seit vielen Jahren das strukturelle Potentialwachstum der deutschen Wirtschaft. Wirtschaftspolitik ist hierzulande überwiegend Symbolpolitik, die ihre Höhepunkte bei der Eröffnung neuer Autobahnabschnitte oder rosiger Festtagsre-

den auf Arbeitgeber- oder Gewerkschaftsveranstaltungen hat. Tatsächlich wird die Wirtschaftspolitik im Finanzministerium gemacht und dabei von Krämerseelen gestaltet. Die 'schwarze Null' ist bei negativen Zinsen ebenso unsinnig geworden wie die fortgesetzte Subvention von zinsgebunden Anlageformen durch steuerliche und regulatorische



Maßnahmen.

Anstatt aber die materielle Wohlfahrt der eigenen Bevölkerung stärker zu priorisieren, ergeht man sich in Berlin lieber in Weltrettungsprojekten, von denen die verunglückte Energiewende und die fehlgeleitete Flüchtlingspolitik nur die Spitzen des Eisbergs darstellen. Man kann es allzu deutlich an dem unlängst vom Wirt-

schaftsminister gemachten Vorschlag, Elektrofahrzeuge beim Kauf mit einer Prämie von jeweils 5.000 Euro zu fördern, sehen. Es besteht in Deutschland überhaupt kein Mangel an automobiler Mobilität. Wenn Bürger sich ein Elektrofahrzeug anschaffen wollten, dann bietet ihnen der Markt dazu eine hinreichende Auswahl, sodass sich der Staat hier tunlichst heraushalten sollte. Tatsächlich gewinnt man den Eindruck, dass die vorgeschlagene Maßnahme ausschließlich eine Gewissensberuhigung für die problematische Umweltpolitik der Regierung darstellt. Wäre es aber nicht viel wichtiger – wenn schon Geld zur Förderung wirtschaftspolitischer Ziele in die Hand genommen werden soll – sich nach Einsatzmöglichkeiten umzuschauen, die wichtigere Defizite zu beseitigen helfen?

Hierzu möchte ich folgenden Vorschlag unterbreiten: Unter der Annahme, dass die Bevölkerung, angesichts einer schwachen Vermögensentwicklung innerhalb der

letzten Jahrzehnte, auf ein gravierendes Altersvorsorgeproblem zuläuft, erscheint es doch klüger, jedem Bürger 5.000 Euro für ein Aktienfondsdepot zu überlassen. Es sollte lediglich die Nebenbedingung gestellt werden, dass diesem Depot mindestens fünf (besser noch zehn) Jahre lang nichts entnommen werden darf. Die Auswahl der Aktienfonds bzw. ETFs kann der Bürger selbst treffen, denn es herrscht erheblicher und transparenter Wettbe-

werb auf dem Markt für Aktienfonds und ETFs.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Aktien und Aktienfonds benötigen keine staatliche Förderung und sind es seit Jahrzehnten gewohnt, vom Staat steuerlich und regulatorisch diskriminiert zu werden. Wenn der Staat es aber mit dem Einstieg in eine sinnvolle private Altersversorgung ernst meint, dann soll er sich Steuerungsinstrumente überlegen, die

dieses Ziel erreichbar erscheinen lassen. Kaufprämien für Elektrofahrzeuge kommen hingegen über den Status ideologischer Geldverschwendung nicht hinaus.

Aus Chicago,

Ihr



Dr. Christoph Bruns